

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

N. 2004 — 2361

[C — 2004/33023]

**23. OKTOBER 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über die Anerkennung der Unternehmen, die berechtigt sind, Dienstleistungsschecks zu verwenden**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes des Rates der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. Mai 1999 zur Ausübung der Befugnisse der Wallonischen Region in den Angelegenheiten Beschäftigung und Ausgrabungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie die besondere soziale Fürsorge, abgeändert durch die Programmdekrete des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29. Juni 1998 und 23. Oktober 2000;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 23. Oktober 2000;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 20. Juli 2001 zur Förderung der Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich;

Aufgrund des Dekretes des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Februar 2003 zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 7. Dezember 2001 zwischen dem Föderalstaat, den Regionen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. Dezember 2001 über die Dienstleistungsschecks;

Aufgrund des Zusammenarbeitsabkommens vom 20. Dezember 2002 zwischen der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Anerkennung von Unternehmen, die berechtigt sind, Dienstleistungsschecks zu verwenden;

Aufgrund des am 25. Februar 2003 abgegebenen Gutachtens des Finanzinspektors;

Aufgrund der am 23. Oktober 2003 erteilten Einwilligung des Ministers des Haushalts;

Aufgrund des am 17. Dezember 2002 abgegebenen Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens 35.683/2/V des Staatsrates, das am 28. Juli 2003 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1, Nr. 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers zuständig für die Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I – Vorabbestimmungen

Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses bedeutet:

1) der Dienstleistungsscheck: das durch das Gesetz vom 20. Juli 2001 zur Förderung der Entwicklung von Dienstleistungen und Arbeitsplätzen im Nahbereich definierte Zahlungsmittel;

2) das Unternehmen: jede natürliche oder juristische Person, deren Tätigkeit oder Zweck zumindest zum Teil darin besteht, Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste zu erbringen;

3) das anerkannte Unternehmen: das gemäß vorliegendem Erlass anerkannte Unternehmen;

4) der Benutzer: die natürliche Person, die den Dienstleistungsscheck benutzt;

5) das Ministerium: die Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

6) die Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

7) die Zulassungskommission: die in Kapitel III des vorliegenden Erlasses vorgesehene Zulassungskommission;

8) der WSR: der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9) das Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

10) die Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung.

Anwendungsbereich

Art. 2 - Der vorliegende Erlass ist anwendbar auf Unternehmen, welche durch Dienstleistungsschecks finanzierte Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste, so wie in Artikel 3, § 2, des vorliegenden Erlasses definiert, auf dem Hoheitsgebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft verrichten möchten.

KAPITEL II – Anerkennung

Grundsatz

Art. 3 - § 1. Die Berechtigung eines Unternehmens für die Erbringung von den in § 2 aufgeführten Nachbarschaftsarbeiten oder -diensten Dienstleistungsschecks zu verwenden, erfolgt durch die Anerkennung der Regierung.

§ 2. Die Anerkennung kann nur für folgende Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste gewährt werden:

a. Hilfe zu Hause in Form von Haushaltsarbeiten, darunter:

- Reinigung der Wohnung;
- Waschen und Bügeln der Hauswäsche;
- gelegentliche kleine Näharbeiten;
- Haushaltseinkäufe;
- Zubereitung der Mahlzeiten;

b. Beaufsichtigung von Kindern zu Hause, die individuell pro Haushalt organisiert ist;

c. Begleitung älterer, kranker oder behinderter Menschen bei ihren Haushaltsarbeiten, Botengänge oder Freizeitbeschäftigungen.

§ 3. Die Anerkennung wird getrennt für jeden einzelnen dieser Bereiche erteilt.

§ 4. Die Anerkennung ist nur gültig für Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste, die auf dem Hoheitsgebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt werden.

Voraussetzungen

Art. 4 - § 1. Um anerkannt zu werden, muss das Unternehmen folgende Bedingungen erfüllen:

1. Das durch diese Gesetzgebung betroffene Unternehmen darf:

a. sich weder im Konkurszustand befinden noch zahlungsunfähig oder Gegenstand eines Konkursöffnungsverfahrens sein; es darf weder einen gerichtlichen Vergleich beantragt haben, noch darf einem solchen zugestimmt worden sein;

b. zu seinen Verwaltern, Geschäftsführern, Bevollmächtigten oder Personen, die befugt sind, im Namen des Unternehmens Verbindlichkeiten einzugehen, dürfen keine Personen gehören,

- denen die Ausübung dieser Ämter verboten wurde aufgrund der Gesetzgebung über das gewissen Verurteilten und Gemeinschuldern auferlegte Verbot zur Ausübung gewisser Ämter oder Tätigkeiten und über die Erteilung der Befugnis an die Handelsgerichte, derartige Verbote auszusprechen;
- die rückwirkend für die letzten fünf Jahre in Anwendung der Artikel 229,5°, 265, 315, 456, 4° und 530 des Gesetzbuches über Handelsgesellschaften für Verbindlichkeiten oder Schulden einer in Konkurs geratenen Gesellschaft verantwortlich erklärt wurden;
- die nicht mehr im Besitz ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind.

2. Das Unternehmen muss den von der Sozial- und Steuergesetzgebung vorgesehenen Verpflichtungen nachgekommen sein, insbesondere darf das Unternehmen weder Steuerschulden haben noch darf es Gegenstand einer Eintreibung von rückständigen Beitragszahlungen durch das Landesamt für Soziale Sicherheit, durch den Fonds für Existenzsicherheit oder zu dessen Lasten sein. Die Beträge, die Gegenstand eines vorschriftsmäßig eingehaltenen Rückzahlungsplans sind, werden nicht als Rückstände betrachtet.

3. Das Unternehmen muss die durch Dienstleistungsschecks finanzierten Arbeiten oder Dienstleistungen von Arbeitnehmern erbringen lassen, welche einen unbefristeten Arbeitsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über Arbeitsverträge haben.

In besonders begründeten Fällen können die Arbeitnehmer auch einen befristeten Arbeitsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 3. Juli 1978 über Arbeitsverträge oder einen Interimvertrag im Sinne des Gesetzes vom 24. Juli 1984 über die Zeitarbeit, die Interimarbeit und das zur Verfügung stellen an Nutznießer von Arbeitnehmern haben. Handelt es sich um einen Interimvertrag, wird von dieser Ausnahme nur dann Gebrauch gemacht, wenn der Nutznießer der Interimarbeit im Sinne des Artikels 7 des Gesetzes vom 24. Juli 1984 über die Zeitarbeit, die Interimarbeit und das zur Verfügung stellen an Nutznießer von Arbeitnehmern das anerkannte Unternehmen ist.

4. Das Unternehmen muss die durch Dienstleistungsschecks finanzierten Arbeiten oder Dienstleistungen von Arbeitnehmern erbringen lassen, welche zumindest halbezeitig beschäftigt werden.

5. Das Unternehmen muss die durch Dienstleistungsschecks finanzierten Arbeiten oder Dienstleistungen von Arbeitnehmern erbringen lassen, die zu diesem Zweck eingestellt wurden und zum Zeitpunkt der Einstellung als nicht-beschäftigte Arbeitssuchende beim Arbeitsamt eingetragen sind.

6. Das Unternehmen darf die durch Dienstleistungsschecks finanzierten Arbeiten oder Dienstleistungen nicht von einem anderen Subunternehmen oder jeglicher anderen Einrichtung ausführen lassen.

7. Das Unternehmen darf keine Diskriminierung entstehen lassen unter Kunden und unter Arbeitnehmern aus Gründen der geschlechtlichen Zugehörigkeit, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung, der Rasse oder der ethnischen Herkunft.

8. Das Unternehmen darf dem Benutzer nur einen Dienstleistungsscheck pro geleistete Arbeitsstunde verrechnen.

§ 2. Das Unternehmen, das Arbeiten oder Dienstleistungen im Bereich Hilfe zu Hause in Form von Hausarbeiten im Sinne von Artikel 3, § 2, a, des vorliegenden Erlasses erbringen lässt, ist außerdem verpflichtet:

1. dem Kunden einen Qualitätsdienst zu bieten, der die Wahrung der Menschenwürde, das Wohlwollen, das Privatleben, die ideologischen, philosophischen oder religiösen Überzeugungen, das Beschwerderecht, die Information und die Teilnahme des Benutzers gewährleistet und dem sozialen Umfeld des Kunden Rechnung trägt;

2. leistungsfähig und effizient zu sein, und dennoch bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben mit einem Höchstmaß an beruflicher Qualifikation und Integrität vorzugehen und dabei jederzeit die bestmöglichen ethischen Normen zu berücksichtigen;

3. dem Kunden ein klares und objektives Bild seiner Dienste und Arbeitsweise, Zielsetzungen, Methoden und finanziellen Vereinbarungen zu vermitteln;

4. ein zufriedenstellendes Arbeitsumfeld zu schaffen, das angemessene Bedingungen, Situationen, Inhalte und Arbeitsverhältnisse schafft entsprechend den in diesem Sektor anwendbaren Kollektivabkommen;

5. keine Arbeiten verrichten zu lassen in einem Umfeld, das unannehmbare Gefahren und Risiken für den Arbeitnehmer birgt oder in dem die Arbeitnehmer Gefahr laufen, Opfer von Mißbrauch oder diskriminierendem Verhalten zu werden.

§ 3. Das Unternehmen, das Arbeiten oder Dienstleistungen im Bereich Kinderbetreuung im Sinne von Artikel 3, § 2, b, des vorliegenden Erlasses erbringen lässt, muss vorher von dem in dieser Angelegenheit zuständigen Minister der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechend der in diesem Bereich anzuwendenden Regelungen anerkannt werden.

§ 4. Das Unternehmen, das Arbeiten oder Dienstleistungen im Bereich Begleitung älterer, kranker oder behinderten Menschen im Sinne von Artikel 3, § 2, c, des vorliegenden Erlasses erbringen lässt, muss vorher von den in dieser Angelegenheit zuständigen Ministern der Deutschsprachigen Gemeinschaft entsprechend der in diesem Bereich anzuwendenden Regelungen anerkannt werden.

Antrag

Art. 5 - § 1. Das Unternehmen, das anerkannt werden möchte, übermittelt per Einschreiben dem Ministerium einen Antrag auf dem Formular, das auf Anfrage beim Ministerium erhältlich ist.

Diesem Antrag müssen je nach Art des Unternehmens folgende Angaben beigelegt werden:

1. eine Kopie der vier letzten Erklärungen an das Landesamt für Soziale Sicherheit oder eine durch das Sozialsekretariat ausgestellte Bescheinigung über die durchschnittliche Anzahl der in Vollzeitäquivalent ausgedrückten Arbeitnehmer, die während der vier Monate, die dem Antrag vorausgehen, beschäftigt wurden;

2. die Statuten und deren Abänderungen;

3. eine eidesstattliche Erklärung des Unternehmens zu den Voraussetzungen des Artikels 4, § 1, 1. und 2., des vorliegenden Erlasses;

4. die Haushaltsentwürfe für mindestens zwei Haushaltsjahre für die Tätigkeiten im Rahmen der Dienstleistungsschecks;

5. den Nachweis, dass das Unternehmen, das Arbeiten oder Dienstleistungen im Bereich Kinderbetreuung im Sinne von Artikel 3, § 2, b, des vorliegenden Erlasses und/oder Begleitung älterer, kranker oder behinderten Menschen im Sinne von Artikel 3, § 2, c, des vorliegenden Erlasses durchführt, im Besitz der erforderlichen Anerkennung (-en) gemäß Artikels 4, § 3, und/oder § 4 ist.

§ 2. Das Ministerium bestätigt den Empfang des Antrages. Bei Bedarf fordert das Ministerium den Antragsteller auf, die fehlenden Angaben nachzureichen.

Nur vollständige Anträge werden durch das Ministerium der Zulassungskommission weitergereicht.

Gutachten

Art. 6 - § 1. Das Ministerium übermittelt der Zulassungskommission den Antrag innerhalb eines Monats nach dem Eingang des Antrages oder der zuletzt nachgereichten Angaben zwecks Begutachtung.

§ 2. Innerhalb dreier Monate ab dem Zeitpunkt des Einganges des durch das Ministerium übermittelten Antrages gibt die Zulassungskommission ein Gutachten ab.

§ 3. Das Ministerium übermittelt der Regierung das Gutachten der Zulassungskommission.

Entscheidung

Art. 7 - § 1. Die Regierung entscheidet nach Erhalt des Gutachtens der Zulassungskommission über die Anerkennung des Unternehmens. Die Entscheidung der Regierung kann vom Gutachten der Zulassungskommission abweichen.

In Ermangelung eines durch die Zulassungskommission abgegebenen Gutachtens zu Ende der in Artikel 6, § 2, des vorliegenden Erlasses definierten Frist kann die Regierung die Entscheidung über die Anerkennung ohne das Gutachten der Zulassungskommission treffen.

§ 2. Das Ministerium notifiziert dem Unternehmen per Einschreiben die Entscheidung der Regierung über die Anerkennung und übermittelt diese ebenfalls der Zulassungskommission.

Anzahl der in Vollzeitäquivalent ausgedrückten Arbeitsstellen

Art. 8 - Die Regierung kann in der Anerkennung die maximale Anzahl der in Vollzeitäquivalent ausgedrückten Arbeitsstellen, die das Unternehmen zur Realisierung des im Antrag vorgestellten Projektes besetzen darf, und den Zeitraum, in welchem das Unternehmen diese Arbeitsstellen besetzt haben muss, bestimmen. Im Falle einer solchen Bestimmung verfallen mit dem Ablauf dieser Frist die noch zu besetzenden Arbeitsstellen.

Dauer der Anerkennung

Art. 9 - Die Anerkennung wird für eine unbestimmte Dauer gewährt.

Die Regierung kann gemäß Kapitel IV des vorliegenden Erlasses die Anerkennung aussetzen oder entziehen.

Abänderungs- oder Aufhebungsantrag eines anerkannten Unternehmens

Art. 10 - § 1. Das anerkannte Unternehmen kann einen Antrag zur Abänderung oder zur Aufhebung der Anerkennung beim Ministerium einreichen.

§ 2. Der Abänderungsantrag unterliegt den Artikeln 5, § 2, 6 und 7 des vorliegenden Erlasses.

§ 3. Das Ministerium bestätigt dem Unternehmen die Abänderung oder die Aufhebung seiner Anerkennung und übermittelt der Zulassungskommission ebenfalls die Information.

Fusion, Übernahme oder Änderung der Rechtsform

Art. 11 - Wenn ein anerkanntes Unternehmen fusioniert, übernommen wird oder seine Rechtsform ändert, muss es die Regierung per Einschreiben innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt des Ereignisses darüber informieren.

Binnen vier Monaten ab Eingang des im vorangehenden Absatz vorgesehenen Schreibens entscheidet die Regierung nach Erhalt des Gutachtens der Zulassungskommission darüber, ob das anerkannte Unternehmen einen neuen Anerkennungsantrag einreichen muss.

In Ermangelung einer Regierungsentscheidung innerhalb dieser Frist braucht das anerkannte Unternehmen keinen neuen Antrag einzureichen.

Das anerkannte Unternehmen kann seine Tätigkeit im Rahmen der Dienstleistungsschecks bis zum Ablauf der im Absatz 2 vorgesehenen Frist fortführen.

KAPITEL III. — *Zulassungskommission*

Zusammensetzung und Sitzungen

Art. 12 - § 1. Die Zulassungskommission setzt sich zusammen aus:

1° einem Vertreter des Ministers zuständig für die Beschäftigung und die Behindertenpolitik;

2° einem Vertreter des Ministers zuständig für Familie und Soziales;

3° einem Vertreter der Abteilung Ausbildung, Beschäftigung und Europäische Programme des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

4° einem Vertreter der Abteilung Familie, Gesundheit und Soziales des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5° einem Vertreter der Dienststelle;

6° einem Vertreter des Arbeitsamtes;

7° zwei Mitgliedern des WSR, die die repräsentativen Arbeitgeberorganisationen vertreten;

8° zwei Mitgliedern des WSR, die die repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen vertreten.

Der Vertreter des Ministers zuständig für die Beschäftigung übernimmt den Vorsitz der Zulassungskommission.

Ein Mitarbeiter bzw. eine Mitarbeiterin des Ministeriums gewährleistet das Sekretariat der Zulassungskommission.

§ 2. Die Zulassungskommission tritt spätestens drei Monate nach Verabschiedung des vorliegenden Erlasses erstmalig zusammen.

Die Einladungen zu den Sitzungen werden vom Vorsitzenden der Zulassungskommission unterzeichnet und durch das Sekretariat verschickt.

Gutachtenerstellung

Art. 13 - § 1. Alle in Artikel 12, § 1, Absatz 1, 1° bis 8°, aufgeführten Mitglieder der Zulassungskommission sind stimmberechtigt.

§ 2. Die Zulassungskommission ist nur beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

§ 3. Die Gutachten der Zulassungskommission werden mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern, beschlossen.

Bei einer Stimmgleichheit obliegt dem Vorsitzenden das Recht der Entscheidung.

§ 4. Im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Zulassungskommission das Recht, Sachverständige oder das betroffene Unternehmen anzuhören.

In besonders begründeten Fällen kann das betroffene Unternehmen bitten, von der Zulassungskommission, angehört zu werden. Zu diesem Zweck übermittelt das Unternehmen dem Ministerium eine mit Gründen versehene Anfrage.

KAPITEL IV. — *Aussetzung und Entzug der Anerkennung*

Grundsatz

Art. 14 - § 1. Aus eigener Initiative oder auf Vorschlag der Zulassungskommission kann die Regierung in folgenden Fällen eine Anerkennung teilweise oder vollständig aussetzen oder entziehen:

1. wenn das anerkannte Unternehmen die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses verletzt; oder

2. wenn das anerkannte Unternehmen die gemäß Artikel 8 des vorliegenden Erlasses in der Anerkennung definierten Anzahl der in Vollzeitäquivalent ausgedrückten Arbeitsstellen überschreitet; oder

3. wenn das anerkannte Unternehmen durch Dienstleistungsschecks finanzierte Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste, so wie in Artikel 3, § 2, des vorliegenden Erlasses definiert, in Bereichen erbringen lässt, für welche es nicht anerkannt wurde; oder

4. wenn das anerkannte Unternehmen einen Monat nach Ablauf der gemäß Artikel 8 des vorliegenden Erlasses in der Anerkennung vorgesehenen Einstellungsfrist den Nachweis gemäß Artikel 17 des vorliegenden Erlasses nicht erbracht hat, dass es zumindest einen Arbeitnehmer, der durch Dienstleistungsschecks finanzierte Nachbarschaftsarbeiten oder -dienste erbringt, eingestellt hat.

Aussetzung oder Entzug für einzelne Bereiche

Art. 15 - Wenn die Anerkennung auf mehr als einen der in Artikel 3, § 2, des vorliegenden Erlasses definierten Bereiche ausgestellt ist, kann die Regierung die Aussetzung oder den Entzug auf einzelne Bereiche beschränken.

Entscheidung

Art. 16 - § 1. Die Regierung entscheidet über die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung nach Erhalt eines Gutachtens der Zulassungskommission. Für die Entscheidung über die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 14, 4., des vorliegenden Erlasses kann die Regierung von einem Gutachten der Zulassungskommission absehen.

§ 2. Im Falle einer ausgesetzten Anerkennung und wenn das Unternehmen nach einem Zeitraum von 6 Monaten die in Artikel 14, § 1, des vorliegenden Erlasses vorgesehenen Verstöße immer noch nicht eingestellt hat, wird die Anerkennung teilweise oder vollständig durch die Regierung entzogen. Bei der Entscheidung über den Entzug in Folge einer Aussetzung kann die Regierung von einem Gutachten der Zulassungskommission absehen.

§ 3. Das Ministerium notifiziert dem Unternehmen per Einschreiben die Entscheidung der Regierung über die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung und übermittelt diese ebenfalls der Zulassungskommission.

KAPITEL V. — *Jährlicher Tätigkeitsbericht und zusätzliche Informationen*

Jährlicher Tätigkeitsbericht

Art. 17 - § 1. Das anerkannte Unternehmen übermittelt zum 1. März jeden Jahres einen jährlichen Tätigkeitsbericht bezüglich seiner Tätigkeiten des vorangehenden Jahres.

§ 2. Der jährliche Tätigkeitsbericht enthält nach Art des Unternehmens zumindest Folgendes:

1. die Bilanz und die Betriebsabrechnungen;
2. eine Detaillaufführung der Bilanzen und Betriebsabrechnungen für die Tätigkeiten im Bereich der Dienstleistungsschecks;
3. die Tätigkeitsbilanz des Unternehmens;
4. die Anzahl der im Rahmen der Dienstleistungsschecks geschaffenen in Vollzeitäquivalent ausgedrückten Arbeitsstellen;
5. die Qualifikation, die Weiterbildung und das Statut der Arbeitnehmer im Rahmen der Dienstleistungsschecks;
6. die Entwicklung der Arbeitsmöglichkeiten innerhalb des Unternehmens;
7. eine detaillierte Übersicht über die andersweitig erhaltenen Zuschüsse, Einstellungsbeihilfen und finanziellen Erleichterungen hinsichtlich der im Rahmen der Dienstleistungsschecks ausgeübten Tätigkeiten.

Zusätzliche Informationen

Art. 18 - Das anerkannte Unternehmen informiert das Ministerium über jede Einstellung oder Kündigung von Arbeitnehmern, die durch Dienstleistungsschecks finanzierte Arbeiten oder Dienstleistungen erbringen. Zu diesem Zwecke übermittelt das anerkannte Unternehmen dem Ministerium innerhalb eines Monats ab dem Zeitpunkt der Einstellung oder der Kündigung den Arbeitsvertrag oder das Kündigungsschreiben.

KAPITEL VI. — *Kontrolle*

Inspektion

Art. 19 - Die Kontrolle der Beachtung des vorliegenden Erlasses wird von den durch die Regierung bezeichneten Sozialinspektoren gemäß dem Dekret der Wallonischen Region vom 5. Februar 1998 über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik, abgeändert durch das Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 17. Januar 2000, vorgenommen.

KAPITEL VII. — *Abschließende Bestimmungen*

Inkrafttreten

Art. 20 - Dieser Erlass tritt am 1. November 2003 in Kraft.

Durchführung

Art. 21 - Der Minister zuständig für die Beschäftigung ist mit der Durchführung dieses Erlasses beauftragt.
Eupen, 23. Oktober 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Ministerpräsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,
H. NIESSEN

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 2361

[C - 2004/33023]

**23 OCTOBRE 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone
relatif à l'agrément d'entreprises autorisées à utiliser les titres-services**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du Conseil régional wallon du 6 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 10 mai 1999 relatif à l'exercice, par la Communauté germanophone, des compétences de la Région wallonne en matière d'emploi et de fouilles;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 19 juin 1990 portant création d'un "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées ainsi que pour l'assistance sociale spéciale), modifié par les décrets-programmes du Conseil de la Communauté germanophone des 29 juin 1998 et 23 octobre 2000;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'Emploi en Communauté germanophone, modifié par le décret du 23 octobre 2000;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Vu la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité;

Vu le décret du Conseil de la Communauté germanophone du 3 février 2003 portant assentiment à l'accord de coopération du 7 décembre 2001 entre l'Etat fédéral, les Régions et la Communauté germanophone concernant le développement des services et des emplois de proximité;

Vu l'arrêté royal du 12 décembre 2001 concernant les titres-services;

Vu l'accord de coopération du 20 décembre 2002 conclu entre la Région flamande, la Région wallonne, la Région de Bruxelles-Capitale et la Communauté germanophone relatif à l'agrément d'entreprises autorisées à utiliser les titres-services;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 25 février 2003;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 20 octobre 2003;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, donné le 17 décembre 2002;

Vu l'avis 35.683/2/V du Conseil d'Etat, donné le 28 juillet 2003, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er} — *Dispositions liminaires*

Définitions

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o titre-service : le moyen de paiement défini par la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité;

2^o entreprise : toute personne physique ou morale dont l'activité ou l'objet consiste au moins partiellement en la prestation de travaux ou services de proximité;

3^o entreprise agréée : l'entreprise agréée conformément au présent arrêté;

4^o utilisateur : la personne physique qui utilise le titre-service;

5^o Ministère : la Division « Formation, Emploi et Programmes européens » du Ministère de la Communauté germanophone;

6^o Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

7^o Commission d'agrément : la Commission d'agrément prévue au chapitre III du présent arrêté;

8^o Conseil économique et social : le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

9^o Office de l'Emploi : l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone;

10^o Office : l'Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées.

Champ d'application

Art. 2. Le présent arrêté est applicable aux entreprises qui souhaitent effectuer des travaux ou services de proximité financés par des titres-services, tels que définis à l'article 3, § 2, du présent arrêté, sur le territoire de la Communauté germanophone.

CHAPITRE II. — *Agrément*

Principe de base

Art. 3. § 1^{er} - Une entreprise est autorisée à utiliser des titres-services pour la prestation des travaux ou services de proximité visés au § 2 moyennant l'agrément du Gouvernement.

§ 2 - L'agrément ne peut être octroyé que pour les travaux ou services de proximité suivants :

a) aide à domicile sous la forme d'activités ménagères, entre autres :

nettoyage du domicile;

lessive et repassage du linge de maison;

petits travaux de couture occasionnelle;

courses ménagères;

préparation des repas;

b) garde des enfants à domicile, organisée individuellement par ménage;

c) accompagnement de personnes âgées, malades ou handicapées dans leurs tâches ménagères, dans leurs déplacements ou dans leurs loisirs.

§ 3 - L'agrément est accordé séparément pour chacun de ces domaines.

§ 4 - L'agrément n'est valable que pour les travaux ou services de proximité effectués sur le territoire de la Communauté germanophone.

Conditions préalables

Art. 4. § 1^{er} - Pour être agréée, l'entreprise doit respecter les conditions suivantes :

1^o L'entreprise concernée par la présente législation ne peut pas :

a) être en état de faillite, ni en état avéré d'insolvabilité, ni faire l'objet d'une procédure en déclaration de faillite; elle ne peut ni avoir demandé ni obtenu un concordat judiciaire;

b) compter parmi ses administrateurs, gérants, mandataires ou personnes habilitées à engager l'entreprise des personnes :

- qui se sont vues interdire l'exercice de telles fonctions en vertu de la législation portant interdiction à certains condamnés et aux faillis d'exercer certaines fonctions, professions ou activités et conférant aux tribunaux de commerce la faculté de prononcer de telles interdictions;
- qui, pendant les cinq dernières années, ont été tenues responsables des engagements ou des dettes d'une société tombée en faillite, en application des articles 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, et 530 du Code sur les sociétés commerciales;
- qui ont été privées de leurs droits civils et politiques.

2° L'entreprise doit satisfaire aux obligations prévues par la législation sociale et fiscale et, notamment, ne pas être en situation d'arriérés d'impôts, ni faire l'objet d'un recouvrement d'arriérés de cotisations par l'Office national de la Sécurité sociale ou par ou pour le compte du Fonds de Sécurité d'Existence. Les montants faisant l'objet d'un plan de remboursement dûment respecté ne sont pas considérés comme des arriérés.

3° L'entreprise doit faire prêter les travaux ou services financés par des titres-services par des travailleurs qui sont sous contrat à durée indéterminée au sens de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail.

Dans des cas particulièrement motivés, les travailleurs peuvent également se trouver sous contrat de travail à durée déterminée au sens de la loi du 3 juillet 1978 relative aux contrats de travail ou sous contrat de travail intérimaire au sens de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à la disposition d'utilisateurs. S'il s'agit d'un contrat de travail intérimaire, il ne pourra être fait usage de cette exception que si l'utilisateur du travail intérimaire est l'entreprise agréée au sens de l'article 7 de la loi du 24 juillet 1987 sur le travail temporaire, le travail intérimaire et la mise de travailleurs à disposition d'utilisateurs.

4° L'entreprise doit faire prêter les travaux ou services financés par des titres-services par des travailleurs employés au moins à mi-temps.

5° L'entreprise doit faire prêter les travaux ou services financés par des titres-services par des travailleurs recrutés à cette fin et inscrits comme demandeurs d'emploi auprès de l'Office de l'Emploi au moment du recrutement.

6° L'entreprise ne peut pas faire effectuer les travaux ou services financés par des titres-services en sous-traitance par une autre entreprise ou tout autre organisme.

7° L'entreprise ne peut pratiquer à l'encontre des clients et des travailleurs de discrimination fondée sur l'appartenance sexuelle, la conception religieuse ou philosophique, le handicap, l'âge, l'orientation sexuelle, la race ou l'origine ethnique.

8° L'entreprise ne peut comptabiliser à l'utilisateur qu'un titre-service par heure de travail prestée.

§ 2 - L'entreprise qui fait prêter des travaux ou services dans le secteur de l'aide à domicile sous la forme d'activités ménagères au sens de l'article 3, § 2, a), du présent arrêté s'engage en outre à :

1° offrir au client un service de qualité qui garantit le respect de la dignité humaine, la bienveillance, la vie privée, les convictions idéologiques, philosophiques ou religieuses, le droit de plainte, l'information et la participation de l'utilisateur et qui tient compte du contexte social du client;

2° garantir un fonctionnement efficace et efficient tout en offrant la meilleure qualification et intégrité professionnelles et qui tient compte des normes éthiques les plus élevées dans l'exercice de ses missions;

3° donner aux clients une image claire et objective de ses services et modalités de fonctionnement, de ses objectifs, de ses méthodes et de ses accords financiers;

4° créer un environnement de travail offrant des conditions, des situations, des contenus et des relations de travail équitables, conformément aux conventions collectives de travail applicables à ce secteur;

5° ne pas faire prêter des travaux dans un environnement présentant des dangers et des risques inacceptables pour les travailleurs ou dans lequel les travailleurs risqueraient d'être victimes d'abus ou de traitement discriminatoires.

§ 3 - L'entreprise qui fait prêter des travaux ou services dans le secteur de la garde d'enfants au sens de l'article 3, § 2, b), du présent arrêté doit au préalable être agréée par le ministre de la Communauté germanophone compétent en la matière, conformément aux législations ou réglementations applicables à ce secteur.

§ 4 - L'entreprise qui fait prêter des travaux ou services dans le secteur de l'accompagnement de personnes âgées, malades ou handicapées au sens de l'article 3, § 2, c), du présent arrêté doit au préalable être agréée par le ministre de la Communauté germanophone compétent en la matière, conformément aux législations ou réglementations applicables à ce secteur.

Demande

Art. 5. § 1^{er} - L'entreprise qui souhaite être agréée transmet par recommandé au Ministère une demande rédigée sur le formulaire que le Ministère délivre sur demande.

Selon le type de l'entreprise, les éléments suivants doivent être annexés à cette demande :

1° une copie des quatre dernières déclarations à l'Office national de Sécurité Sociale ou une attestation du secrétariat social certifiant le nombre moyen de travailleurs occupés pendant les quatre mois qui précèdent la demande, exprimé en équivalents temps plein;

2° les statuts et avenants;

3° une déclaration sur l'honneur de l'entreprise quant aux conditions visées à l'article 4, § 1, 1° et 2°, du présent arrêté;

4° les prévisions portant sur deux années budgétaires au moins pour les activités exercées dans le cadre des titres-services;

5° la preuve que l'entreprise qui exécute des travaux ou services dans le secteur de la garde d'enfants au sens de l'article 3, § 2, b), du présent arrêté et/ou de l'accompagnement de personnes âgées, malades ou handicapées au sens de l'article 3, § 2, c), du présent arrêté est en possession de(s) l'agrément(s) requis(s) conformément à l'article 4, § 3, et/ou § 4.

§ 2 - Le Ministère accuse réception de la demande. Si nécessaire, le Ministère invite le demandeur à fournir les éléments manquants.

Seules les demandes complètes sont transmises par le Ministère à la Commission d'agrément.

Avis

Art. 6. § 1^{er} - Le Ministère transmet la demande pour avis à la Commission d'agrément dans le mois qui suit la réception de la demande ou des éléments communiqués en dernier lieu.

§ 2 - La Commission d'agrément émet un avis dans les trois mois à compter de la réception de la demande transmise par le Ministère.

§ 3 - Le Ministère transmet l'avis de la Commission d'agrément au Gouvernement.

Décision

Art. 7. § 1^{er} - Après réception de l'avis de la Commission d'agrément, le Gouvernement statue sur l'agrément de l'entreprise. La décision du Gouvernement peut diverger de l'avis de la Commission d'agrément.

A défaut d'avis remis par la Commission d'agrément au terme du délai défini à l'article 6, § 2, du présent arrêté, le Gouvernement peut prendre une décision quant à l'agrément sans l'avis de la Commission d'agrément.

§ 2 - Le Ministère notifie par recommandé à l'entreprise la décision prise par le Gouvernement quant à l'agrément et la transmet également à la Commission d'agrément.

Nombre d'emplois exprimé en équivalents temps plein

Art. 8. Le Gouvernement peut déterminer dans l'agrément le nombre maximum d'emplois exprimé en équivalents temps plein que l'entreprise peut occuper pour réaliser le projet présenté dans la demande, ainsi que le délai dans lequel l'entreprise doit avoir pourvu à ces emplois. Les emplois demeurés vacants sont perdus à l'expiration de ce délai.

Durée de l'agrément

Art. 9. L'agrément est accordé pour une durée indéterminée.

Le Gouvernement peut suspendre ou retirer l'agrément conformément au chapitre IV du présent arrêté.

Demande de modification ou de suspension introduite par une entreprise agréée

Art. 10. § 1^{er} - L'entreprise agréée peut introduire une demande de modification ou de suspension de l'agrément auprès du Ministère.

§ 2 - La demande de modification satisfait aux articles 5, § 2, 6^o et 7^o, du présent arrêté.

§ 3 - Le Ministère confirme à l'entreprise la modification ou la suspension de son agrément et transmet également cette information à la Commission d'agrément.

Fusion, reprise ou modification de la forme juridique

Art. 11. Lorsqu'une entreprise agréée fusionne, est reprise ou modifie sa forme juridique, elle doit en informer le Gouvernement dans le mois par lettre recommandée.

Dans les quatre mois qui suivent la réception de la lettre mentionnée à l'alinéa précédent, le Gouvernement décide, après réception de l'avis de la Commission d'agrément, si l'entreprise agréée doit introduire une nouvelle demande d'agrément.

A défaut de décision du Gouvernement dans ce délai, l'entreprise agréée ne doit pas introduire de nouvelle demande.

L'entreprise agréée peut continuer d'exercer ses activités dans le cadre des titres-services jusqu'à l'expiration du délai prévu à l'alinéa 2.

CHAPITRE III. — *Commission d'agrément*

Composition et séances

Art. 12. § 1^{er} - La Commission d'agrément est composée :

1^o d'un représentant du Ministre compétent en matière d'Emploi et de Politique des Handicapés;

2^o d'un représentant du Ministre compétent en matière de Famille et d'Affaires sociales;

3^o d'un représentant de la Division « Formation, Emploi et Programmes européens » du Ministère de la Communauté germanophone;

4^o d'un représentant de la Division « Famille, Santé et Affaires sociales » du Ministère de la Communauté germanophone;

5^o d'un représentant de l'Office;

6^o d'un représentant de l'Office de l'Emploi;

7^o de deux membres du Conseil économique et social, représentant les organisations patronales représentatives;

8^o de deux membres du Conseil économique et social, représentant les organisations représentatives des travailleurs.

Le représentant du Ministre compétent en matière d'Emploi assure la présidence de la Commission d'agrément.

Un collaborateur ou une collaboratrice du Ministère assure le secrétariat de la Commission d'agrément.

§ 2 - La Commission d'agrément se réunit pour la première fois trois mois au plus tard après l'adoption du présent arrêté.

Les convocations aux séances sont signées par le président de la Commission d'agrément et envoyées par le secrétariat.

Etablissement de l'avis

Art. 13. § 1^{er} - Tous les membres de la Commission d'agrément mentionnés à l'article 12, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o à 8^o, ont voix délibérative.

§ 2 - La Commission d'agrément ne peut délibérer valablement que si plus de la moitié des membres ayant voix délibérative sont présents.

§ 3 - Les avis de la Commission d'agrément sont pris à la majorité absolue des voix des membres ayant voix délibérative présents.

En cas de parité, le droit de prendre la décision revient au président.

§ 4 - Dans le cadre de l'exercice de ses tâches, la Commission d'agrément a le droit d'entendre des experts ou l'entreprise concernée.

Dans des cas spécialement motivés, l'entreprise concernée peut demander à être entendue par la Commission d'agrément. À cette fin, l'entreprise adresse au Ministère une demande motivée.

CHAPITRE IV. — *Suspension et retrait de l'agrément*

Principes

Art. 14. § 1^{er} - Proprio motu ou sur proposition de la Commission d'agrément, le Gouvernement peut suspendre ou retirer un agrément, partiellement ou totalement, dans les cas suivants :

1° lorsque l'entreprise agréée enfreint les dispositions du présent arrêté; ou

2° lorsque l'entreprise agréée dépasse le nombre d'emplois exprimé en équivalents temps plein stipulé dans l'agrément conformément à l'article 8 du présent arrêté; ou

3° lorsque l'entreprise agréée fait prester des travaux ou services de proximité financés par des titres-services, tels que définis à l'article 3, § 2, du présent arrêté, dans des domaines pour lesquels elle n'a pas été agréée; ou

4° lorsque, conformément à l'article 17 du présent arrêté, l'entreprise agréée n'a pas produit, dans le mois qui suit l'expiration du délai d'engagement prévu dans l'agrément conformément à l'article 8 du présent arrêté, la preuve qu'elle a engagé au moins un travailleur pour effectuer des travaux ou services de proximité financés par des titres-services.

Suspension ou retrait dans des secteurs particuliers

Art. 15. Lorsque l'agrément est délivré pour plus d'un des secteurs définis à l'article 3, § 2, du présent arrêté, le Gouvernement peut limiter la suspension ou le retrait à des secteurs particuliers.

Décision

Art. 16. § 1^{er} - Le Gouvernement décide quant à la suspension ou au retrait de l'agrément après réception d'un avis de la Commission d'agrément. Pour prendre sa décision quant à la suspension ou au retrait de l'agrément conformément à l'article 14, 4°, du présent arrêté, le Gouvernement peut déroger à l'avis de la Commission d'agrément.

§ 2 - En cas de suspension de l'agrément et lorsque l'entreprise n'a pas mis fin aux infractions prévues à l'article 14, § 1^{er}, du présent arrêté dans un délai de 6 mois, l'agrément est retiré partiellement ou complètement par le Gouvernement. En cas de décision relative au retrait prise à la suite d'une suspension, le Gouvernement peut déroger à l'avis émis par la Commission d'agrément.

§ 3 - Le Ministère notifie par pli recommandé à l'entreprise la décision prise par le Gouvernement quant à la suspension ou au retrait de l'agrément et la transmet également à la Commission d'agrément.

CHAPITRE V. — *Rapport d'activités annuel et informations supplémentaires*

Rapport d'activités annuel

Art. 17. § 1^{er} - L'entreprise agréée transmet, pour le 1^{er} mars de chaque année, un rapport annuel concernant ses activités de l'année précédente.

§ 2 - Selon le type d'entreprise, le rapport d'activités annuel contient au moins :

1° le bilan et les comptes d'exploitation;

2° un tableau détaillé des bilans et comptes d'exploitation pour les activités exercées dans le domaine des titres-services;

3° le bilan d'activité de l'entreprise;

4° le nombre des emplois créés dans le cadre des titres-services, exprimé en équivalents temps plein;

5° la qualification, la formation continue et le statut des travailleurs dans le cadre des titres-services;

6° l'évolution des possibilités de travail au sein de l'entreprise;

7° un récapitulatif détaillé des subsides, aides à l'embauche et allègements financiers obtenus par ailleurs pour ce qui concerne les activités exercées dans le cadre des titres-services.

Informations supplémentaires

Art. 18. L'entreprise agréée informe le Ministère de chaque engagement ou licenciement de travailleurs effectuant des travaux ou services financés par des titres-services. À cette fin, l'entreprise agréée transmet le contrat de travail ou la lettre de préavis au Ministère dans le mois qui suit l'engagement ou le licenciement.

CHAPITRE VI. — *Contrôle*

Inspection

Art. 19. Les inspecteurs sociaux désignés par le Gouvernement vérifient le respect du présent arrêté conformément au décret de la Région wallonne du 5 février 1998 relatif à la surveillance et au contrôle des législations relatives à la politique de l'emploi, modifié par le décret de la Communauté germanophone du 17 janvier 2000.

CHAPITRE VII. — *Dispositions finales*

Entrée en vigueur

Art. 20. Cet arrêté entre en vigueur le 1^{er} novembre 2003.

Exécution

Art. 21. Le Ministre compétent en matière d'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 octobre 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
K.-H. LAMBERTZLe Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,
H. NIESSEN

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 2361

[C — 2004/33023]

23 OKTOBER 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van de ondernemingen die gemachtigd zijn de Dienstencheques te gebruiken

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van het Waalse Gewest van 6 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 10 mei 1999 betreffende de uitoefening door de Duitstalige Gemeenschap van de bevoegdheden van het Waalse Gewest inzake tewerkstelling en opgravingen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung sowie für die besondere soziale Fürsorge" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap alsmede voor de bijzondere sociale bijstandsverlening), gewijzigd bij de programmadecreten van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 29 juni 1998 en 23 oktober 2000;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij het decreet van 23 oktober 2000;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 26 juni 2000 houdende oprichting van een Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op de wet van 20 juli 2001 tot bevordering van buurtdiensten en -banen;

Gelet op het decreet van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap van 3 februari 2003 houdende instemming met het samenwerkingsakkoord van 7 december 2001 tussen de Federale Staat, de Gewesten en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de ontwikkeling van buurtdiensten en -banen;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 december 2001 betreffende de dienstencheques;

Gelet op het samenwerkingsakkoord van 20 december 2002 tussen het Vlaamse Gewest, het Waalse Gewest, het Brusselse Hoofdstedelijke Gewest en de Duitstalige Gemeenschap betreffende de erkenning van ondernemingen die gemachtigd zijn de dienstencheques te gebruiken;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 25 februari 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister van Begroting, gegeven op 20 oktober 2003;

Gelet op het advies van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, gegeven op 17 december 2002;

Gelet op het advies nr. 35.683/2/V van de Raad van State, gegeven op 28 juli 2003 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK 1. — *Inleidende bepalingen*

Begripsbepalingen

Artikel 1. Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder :

1° dienstencheque : het betaalmiddel zoals bepaald in de wet van 20 juli 2001 tot bevordering van buurtdiensten en -banen;

2° onderneming : iedere natuurlijke of rechtspersoon wiens activiteit of doel ten minste gedeeltelijk bestaat in het leveren van buurtwerken of -diensten;

3° erkende onderneming : de onderneming die erkend is overeenkomstig voorliggend besluit;

4° gebruiker : de natuurlijke persoon die gebruik maakt van de dienstencheques;

5° Ministerie : de Afdeling « Vorming, Werkgelegenheid en Europese programma's » van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

6° Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

7° erkenningscommissie : de erkenningscommissie waarin hoofdstuk III van dit besluit voorziet;

8° Sociaal-Economische Raad : de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

9° Dienst voor arbeidsbemiddeling : de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap;

10° Dienst : de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap.

Toepassingsgebied

Art. 2. Voorliggend besluit is van toepassing op ondernemingen die door dienstencheques gefinancierde buurtwerken of -diensten, zoals bepaald in artikel 3, § 2, van dit besluit, binnen het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap wensen uit te voeren.

HOOFDSTUK II. — *Erkenning*

Basisbeginselen

Art. 3. § 1 - Een onderneming is gemachtigd dienstencheques voor de levering van de in § 2 bedoelde buurtwerken of -diensten te gebruiken nadat zij door de Regering erkend is.

§ 2 - De erkenning kan slechts toegekend worden voor volgende buurtwerken of -diensten :

a) hulp aan huis in de vorm van huishoudelijke activiteiten, die kunnen bestaan uit :

- het schoonmaken van de woning;
- het wassen en strijken van het huishoulinnen;
- kleine occasionele naaiwerken;
- het doen van de boodschappen;
- het bereiden van maaltijden;

b) kinderoppas aan huis, afzonderlijk georganiseerd per gezin;

c) de begeleiding van bejaarden, zieken of gehandicapten bij hun huishoudelijke taken, bij hun verplaatsingen of bij hun vrijetijdsbestedingen.

§ 3 - De erkenning wordt afzonderlijk voor iedere van deze sectoren verleend.

§ 4 - De erkenning is slechts geldig voor de buurtwerken of -diensten die uitgevoerd worden binnen het grondgebied van de Duitstalige Gemeenschap.

Voorafgaandelijke voorwaarden

Art. 4. § 1 - Om erkend te worden, moet de onderneming aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° de door deze wetgeving betrokken onderneming mag :

a) niet in staat van faillissement verkeren, noch in bewezen staat van insolventie, noch het voorwerp uitmaken van een procedure van faillissementsverklaring en evenmin een gerechtelijk akkoord gevraagd of gekregen hebben;

b) onder de bestuurders, de zaakvoerders, de lasthebbers of andere personen die gemachtigd zijn de onderneming te verbinden geen personen tellen die :

- het verbod hebben gekregen om dit type functies uit te oefenen, krachtens de wetgeving betreffende het rechterlijk verbod aan bepaalde veroordeelden en gefailleerden om bepaalde ambten, beroepen of werkzaamheden uit te oefenen en houdende toekenning aan de rechtbanken van koophandel van de bevoegdheid om dergelijk verbod uit te spreken;
- gedurende de periode van vijf jaar voorafgaand aan de aanvraag, aansprakelijk gesteld zijn voor de verbintenissen of de schulden van een gefailleerde vennootschap met toepassing van de artikelen 229, 5°, 265, 315, 456, 4°, en 530 van het Wetboek van vennootschappen;
- ontzet zijn uit hun burgerlijke en politieke rechten;

2° de onderneming moet de verplichtingen nakomen waarin de sociale en fiscale wetgeving voorzien, en met name geen achterstallige belastingen verschuldigd zijn, noch achterstallige bijdragen te innen door de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid of door of voor rekening van fondsen voor bestaanszekerheid. De bedragen waarvoor een aflossingsplan werd opgesteld dat naar behoren wordt nageleefd, worden niet als achterstallig beschouwd;

3° de onderneming moet de door dienstencheques gefinancierde werken of diensten laten uitvoeren door werknemers die een contract van onbepaalde duur hebben in de zin van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten.

Om bijzonder gegronde redenen kunnen de werknemers ook een tijdelijk contract hebben in de zin van de wet van 3 juli 1978 betreffende de arbeidsovereenkomsten of een interim-contract in de zin van de wet van 24 juli 1987 op de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers. Gaat het om een interim-contract, dan komt deze uitzondering slechts in aanmerking, als de gebruiker van de uitzendarbeid in de zin van artikel 7 van de wet van 24 juli 1987 op de tijdelijke arbeid, de uitzendarbeid en het ter beschikking stellen van werknemers ten behoeve van gebruikers de erkende onderneming is;

4° de onderneming moet de werken of diensten die gefinancierd worden door dienstencheques laten uitvoeren door werknemers die tenminste halftijds tewerkgesteld worden;

5° de onderneming moet de werken of diensten die gefinancierd worden door dienstencheques laten uitvoeren door werknemers die daartoe zijn aangeworven en die op het ogenblik van de aanstelling als niet-tewerkgestelde werkzoekenden zijn ingeschreven bij de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

6° de onderneming mag de werken of diensten die gefinancierd worden door dienstencheques niet in onderaanneming uitbesteden aan een andere onderneming of aan om het even welke andere instelling;

7° de onderneming mag ten opzichte van de klanten en de werknemers geen onderscheid maken op grond van de seksuele geartheid, de godsdienst of de levensbeschouwing, een handicap, de leeftijd, de seksuele oriëntatie, het ras of de etnische herkomst;

8° de onderneming mag slechts een dienstencheque per gepresteerd arbeidsuur aan de gebruiker verrekenen.

§ 2 - De onderneming die werken of diensten laat uitvoeren in de sector van de hulp aan huis in de vorm van huishoudelijke activiteiten, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, a), van dit besluit, is bovendien gehouden :

1° aan de klant een kwaliteitsdienstverlening aan te bieden, die het respect voor de menswaardigheid, de welwillendheid, de persoonlijke levenssfeer, de ideologische, filosofische of godsdienstige overtuigingen, het klachtenrecht, de informatie aan en de inspraak van de gebruiker waarborgt, en die rekening houdt met de sociale context van de klant;

2° een doeltreffende en efficiënte werking te garanderen en hierbij de grootst mogelijke beroepsbekwaamheid en integriteit aan te bieden en te allen tijde de hoogst mogelijke ethische normen in acht te nemen bij de uitvoering van de opdrachten;

3° aan de klant een duidelijk en objectief beeld te geven van haar diensten en werkingsmodaliteiten, van haar doelstellingen, methodes en financiële akkoorden;

4° een goede arbeidsomgeving te creëren met billijke arbeidsvoorwaarden, arbeidsomstandigheden, arbeidsinhoud en arbeidsverhoudingen, in overeenstemming met de in die sector toepasselijke collectieve arbeidsovereenkomst;

5° geen werken te laten uitvoeren in een omgeving die onaanvaardbare risico's en gevaren inhoudt voor de werknemers of waar de werknemers het slachtoffer dreigen te worden van misbruik of van enige discriminerende behandeling.

§ 3 - De onderneming die werken of diensten laat presteren in de sector van de kinderopvang, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, b), moet voorafgaandelijk erkend zijn door één van de terzake bevoegde overheden overeenkomstig de wetgevingen of reglementeringen die van toepassing zijn op die sector.

§ 4 - De onderneming die werken of diensten laat presteren in de sector van de begeleiding van bejaarden, zieken of gehandicapten, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, c), moet voorafgaandelijk erkend zijn door één van de terzake bevoegde overheden, overeenkomstig de wetgevingen of reglementeringen die van toepassing zijn op die sector.

Aanvraag

Art. 5. De onderneming die een erkenning wenst te krijgen zendt het Ministerie een aanvraag per aangetekende brief toe op het formulier dat op verzoek bij het Ministerie verkrijgbaar is.

Bij die aanvraag moeten, naargelang de aard van de onderneming, volgende gegevens gevoegd worden :

1° een afschrift van de vier laatste aangiften bij de Rijksdienst voor Sociale Zekerheid of een attest van het sociaal secretariaat waarbij het gemiddelde aantal werknemers vastgesteld wordt die tijdens de vier aan de aanvraag voorafgaande kwartalen te werk zijn gesteld, uitgedrukt in voltijds equivalenten;

2° de statuten en de wijzigingen ervan;

3° een verklaring op erewoord dat de onderneming aan de verplichtingen voldoet die bepaald zijn in artikel 4, § 1, 1° en 2°, van voorliggend besluit;

4° de begrotingsontwerpen m.b.t. de bedrijvigheden in het kader van de dienstencheques voor ten minste twee begrotingsjaren;

5° het bewijs dat de onderneming die werken of diensten uitvoert in de sector van de kinderopvang, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, b), van voorliggend besluit, en/of in de sector van de begeleiding van bejaarden, zieken of gehandicapten, zoals bedoeld in artikel 3, § 2, c), van voorliggend besluit, in bezit is van de vereiste erkenning (-en) bedoeld in artikel 4, § 3 en/of § 4.

§ 2 - Het Ministerie bevestigt de ontvangst van de aanvraag. Zo nodig verzoekt het Ministerie de aanvrager om de ontbrekende gegevens achteraf te zenden.

Slechts volledige aanvragen worden door het Ministerie aan de erkenningscommissie overgezonden.

Advies

Art. 6. § 1 - Binnen de maand na ontvangst van de aanvraag of van de het laatst gezonden gegevens, zendt het Ministerie de aanvraag over aan de erkenningscommissie om een advies in te winnen.

§ 2 - Binnen drie maanden na ontvangst van de door het Ministerie overgemaakte aanvraag brengt de erkenningscommissie een advies uit.

§ 3 - Het Ministerie deelt de Regering het advies van de erkenningscommissie mede.

Beslissing

Art. 7. § 1 - Na ontvangst van het advies van de erkenningscommissie beslist de Regering over de erkenning van de onderneming. De beslissing van de Regering kan van het advies van de erkenningscommissie afwijken.

Brengt de erkenningscommissie geen advies uit na afloop van de in artikel 6, § 2, van voorliggend besluit bepaalde termijn, dan kan de Regering over de erkenning beslissen zonder het advies van de erkenningscommissie.

§ 2 - Per aangetekende brief brengt het Ministerie de beslissing van de Regering over de erkenning ter kennis van de onderneming en betekent deze eveneens aan de erkenningscommissie.

Aantal van de in voltijds equivalenten uitgedrukte arbeidsplaatsen

Art. 8. De Regering mag in de erkenning het maximaal aantal van de in voltijds equivalenten uitgedrukte arbeidsplaatsen bepalen die de onderneming tot de realisatie van het in de aanvraag voorgestelde ontwerp mag bezetten en de termijn waarin de onderneming deze arbeidsplaatsen moet hebben bezet. Met afloop van die termijn vervallen de nog vacante betrekkingen.

Duur van de erkenning

Art. 9. De erkenning wordt voor een onbepaalde duur verleend.

Overeenkomstig hoofdstuk IV van voorliggend besluit kan de Regering de erkenning schorsen of intrekken.

Verzoek om wijziging of opheffing ingediend door een erkende onderneming

Art. 10. § 1 - De erkende onderneming kan een verzoek om wijziging of opheffing van de erkenning bij het Ministerie indienen.

§ 2 - Het verzoek om wijziging is onderworpen aan de artikelen 5, § 2, 6 en 7 van voorliggend besluit.

§ 3 - Het Ministerie bevestigt aan de onderneming de wijziging of de opheffing van haar erkenning en betekent eveneens de informatie aan de erkenningscommissie.

Fusie, overname of wijziging van de rechtsvorm

Art. 11. Wanneer een erkende onderneming met een andere fuseert, overgenomen wordt of haar rechtsvorm wijzigt, moet zij de Regering er binnen de maand van informeren bij aangetekende brief.

Binnen de vier maanden na ontvangst van de brief bedoeld in het voorafgaande lid beslist de Regering, na ontvangst van het advies van de erkenningscommissie, of de erkende onderneming al dan niet een nieuwe erkenningsaanvraag moet indienen.

Bij gebreke van een regeringsbeslissing binnen deze termijn hoeft de erkende onderneming geen nieuwe aanvraag in te dienen.

De erkende onderneming mag haar bedrijvigheden in het kader van de dienstencheques voortzetten tot afloop van de termijn bepaald in lid 2.

HOOFDSTUK III. — *Erkeningscommissie*

Samenstelling en zittingen

Art. 12. § 1 - De erkenningscommissie bestaat uit :

1° één vertegenwoordiger van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid en Gehandicaptenbeleid;

2° één vertegenwoordiger van de Minister bevoegd inzake Gezin en Sociale Aangelegenheden;

3° één vertegenwoordiger van de Afdeling « Vorming, Werkgelegenheid en Europese programma's » van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

4° één vertegenwoordiger van de Afdeling « Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden » van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° één vertegenwoordiger van de Dienst;

6° één vertegenwoordiger van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

7° twee leden van de Sociaal-Economische Raad die de representatieve werkgeversorganisaties vertegenwoordigen;

8° twee leden van de Sociaal-Economische Raad die de representatieve werknemersorganisaties vertegenwoordigen.

De vertegenwoordiger van de Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid neemt het voorzitterschap van de erkenningscommissie waar.

Een medewerker of een medewerkster van het Ministerie zorgt voor het secretariaat van de erkenningscommissie.

§ 2 - De erkenningscommissie komt ten laatste drie maanden na goedkeuring van voorliggend besluit voor de eerste maal bijeen.

De bijeenroepingen voor de zittingen worden door de voorzitter van de erkenningscommissie ondertekend en door het secretariaat gezonden.

Uitbrengen van een advies

Art. 13. § 1 - Alle in artikel 12, § 1, lid 1, 1° tot 8°, bedoelde leden van de erkenningscommissie zijn stemgerechtigd.

§ 2 - De erkenningscommissie mag slechts rechtsgeldig beraadslagen als meer dan de helft van de stemgerechtigde leden aanwezig zijn.

§ 3 - De beslissingen van de erkenningscommissie worden bij volstrekte meerderheid van de aanwezige stemgerechtigde leden genomen.

Bij staking van stemmen is het recht om te beslissen aan de voorzitter opgedragen.

§ 4 - Om haar opdrachten te vervullen heeft de erkenningscommissie het recht, deskundigen of de betrokken onderneming aan te horen.

Om bijzonder gegronde redenen kan de betrokken onderneming verzoeken, door de erkenningscommissie aangehoord te worden. Te dien einde zendt de onderneming een met redenen omklede aanvraag aan het Ministerie.

HOOFDSTUK IV. — *Schorsing en intrekking van de erkenning*

Basisbeginselen

Art. 14. § 1 - Op eigen initiatief of op de voordracht van de erkenningscommissie kan de Regering in volgende gevallen een erkenning gedeeltelijk of geheel schorsen of intrekken :

1° wanneer de erkende onderneming de bepalingen van voorliggend besluit schendt; of

2° wanneer de erkende onderneming het overeenkomstig artikel 8 van voorliggend besluit in de erkenning bepaalde aantal van de in voltijds equivalenten uitgedrukte arbeidsplaatsen overschrijdt; of

3° wanneer de erkende onderneming door dienstencheques gefinancierde buurtwerken of -diensten, zoals bepaald in artikel 3, § 2, van voorliggend besluit, laat uitvoeren in sectoren waarvoor zij niet erkend is; of

4° wanneer de erkende onderneming een maand na afloop van de overeenkomstig artikel 8 van voorliggend besluit in de erkenning bepaalde aanstellingstermijn het bewijs niet geleverd heeft dat zij tenminste een werknemer aangesteld heeft die door dienstencheques gefinancierde buurtwerken of -diensten uitvoert.

Schorsing of intrekking voor afzonderlijke sectoren

Art. 15. Wanneer de erkenning voor meer als één van de in artikel 3, § 2, van voorliggend besluit bepaalde sectoren afgegeven is, kan de Regering de schorsing of de intrekking tot afzonderlijke sectoren beperken.

Beslissing

Art. 16. § 1 - De Regering beslist over de schorsing of de intrekking van de erkenning na ontvangst van een advies van de erkenningscommissie. Om een beslissing over de schorsing of de intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 14, 4°, van voorliggend besluit te nemen, kan de Regering van een advies van de erkenningscommissie afzien.

§ 2 - In geval van een geschorste erkenning en wanneer de onderneming na een termijn van 6 maanden de in artikel 14, § 1, van voorliggend besluit bepaalde overtredingen altijd nog niet verholpen heeft, wordt de erkenning gedeeltelijk of geheel door de Regering ingetrokken. Wanneer de Regering over de intrekking tengevolge van een schorsing beslist, kan zij van een advies van de erkenningscommissie afzien.

§ 3 - Bij aangetekende brief stelt het Minister de onderneming in kennis van de beslissing genomen door de Regering qua schorsing of intrekking van de erkenning en deelt deze eveneens aan de erkenningscommissie mede.

HOOFDSTUK V. — *Jaarlijks activiteitenverslag en bijkomende informatie*

Jaarlijks activiteitenverslag

Art. 17. § 1 - Op 1 maart van elk jaar betekent de erkende onderneming een jaarlijks verslag over haar activiteiten van het afgelopen jaar.

§ 2 - Naargelang de aard van de onderneming bevat het jaarlijks activiteitenverslag tenminste volgende gegevens :

1° de balans en de exploitatierekeningen;

2° gedetailleerde balansen en exploitatierekeningen voor de activiteiten uitgeoefend in het kader van de dienstencheques;

3° een activiteitenoverzicht van de onderneming;

4° het aantal van de in voltijds equivalenten uitgedrukte arbeidsplaatsen, opgericht in het kader van de dienstencheques;

5° de kwalificatie, de voortgezette opleiding en het statuut van de werknemers tewerkgesteld in het kader van de dienstencheques;

6° de evolutie van de arbeidsmogelijkheden binnen de onderneming;

7° een gedetailleerd overzicht over de op een andere wijze verkregen subsidies, aanwervingspremies en financiële verlichtingen met betrekking tot de activiteiten uitgeoefend in het kader van de dienstencheques.

Bijkomende informatie

Art. 18. De erkende onderneming brengt elke indienstneming of afdanking van werknemers die door dienstencheques gefinancierde werken of diensten uitvoeren ter kennis van het Ministerie. Te dien einde deelt de erkende onderneming de arbeidsovereenkomst of de opzeggingsbrief aan het Ministerie mede binnen de maand na de indienstneming of afdanking.

HOOFDSTUK VI. — *Controle*

Inspectie

Art. 19. De door de Regering aangewezen sociale inspecteurs controleren de inachtneming van dit besluit overeenkomstig het decreet van het Waalse Gewest van 5 februari 1998 houdende toezicht en controle op de naleving van de wetgeving betreffende het tewerkstellingsbeleid, gewijzigd bij het decreet van de Duitstalige Gemeenschap van 17 januari 2000.

HOOFDSTUK VII. — *Slotbepalingen*

Inwerkingtreding

Art. 20. Dit besluit treedt in werking op 1 november 2003.

Uitvoering

Art. 21. De Minister bevoegd inzake Werkgelegenheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 oktober 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,

Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN